

Podiumsdiskussion „Gegen jede Normalisierung“ am 26. März 2024 in Oldenburg



Die Teilnehmer:innen der Diskussion waren Andrea Röpke (rechts), freie Journalistin, und Jan Krieger (links), Mitarbeiter der mobilen Beratung Niedersachsen. Die Moderation wurde durchgeführt von Josepha Zastrow (Mitte), Journalistin.

Im Verlauf der Diskussion wurde der Rechtsruck in Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen skizziert, um im Anschluss Gegenmaßnahmen darzulegen.

Gesamtgesellschaftlich haben rechtsextreme Einstellungen zugenommen. In den letzten Jahren hat sich laut Jan Krieger und Andrea Röpke ein demokratiefeindliches Millieu entwickelt, welches unterschiedliche Themen und Anlässe dazu instrumentalisiert, um gegen eine pluralistische und demokratisch ausgerichtete Gesellschaft vorzugehen. Die Hemmschwellen, an rechten Demonstrationen teilzunehmen sei gesunken. Extremen Rechten gelang es, in Millieus vorzudringen, die vorher unerreichbar für sie waren. Eine große Rolle würden dabei laut Jan Krieger vopolitische Räume spielen. Es wird sich an Protesten wie zuletzt den Bauernprotesten beteiligt oder eigenständig welche organisiert, politische Bildungsveranstaltungen und Infostände durchgeführt und caritative Angebote gemacht. Die Menschen haben außerdem kaum noch Hemmschwellen, ihren Rassismus und Antisemitismus offen im Alltag zu äußern. Vieles habe sich normalisiert.

Andrea Röpke betont, dass nicht nur die AfD den Rechtsruck in Deutschland repräsentiere, sondern auch andere Parteien, wie die Werteunion, die Freien Wähler und das Bündnis Sahra Wagenknecht.

Insbesondere auf lokaler Ebene werde die Brandmauer immer brüchiger. Jan Krieger berichtet von einer Resolution gegen die Eröffnung einer Erstaufnahmeeinrichtung im Landkreis Oldenburg, die von demokratischen Parteien gemeinsam mit der AfD beim Landtag eingereicht wurde. Ein bislang einmaliger Dambruch in Niedersachsen. Auf Bundesebene mache sich der Rechtsruck an Gesetzesverschärfungen (z.B. Zustimmung zu GEAS) bemerkbar. Demokratische Parteien würden laut Krieger durch entsprechende Entscheidungen und Aussagen in der Öffentlichkeit (z.B. im großen Stil abschieben zu wollen) versuchen, Wähler:innen zurück zu gewinnen. Dies sei jedoch ein Irrglaube. Viele wählen weiterhin das Original während die Ängste von Betroffenen vor Abschiebung und rechten Übergriffen in Sozialräumen zunehmen. Auch die Medien haben laut Röpke einen Anteil am Rechtsruck. Rechtsextremen Akteuren wurde eine Plattform gegeben, rechte Sprache reproduziert und einige Medienhäuser berichteten seit Corona tendenziös. Auf der anderen Seite werden liberale Medienhäuser von Rechten bedroht. Dass auf Worte nicht selten Taten folgen, machten sowohl Röpke als auch Krieger an verschiedenen Beispielen fest. In den letzten Jahren kam es in Niedersachsen vermehrt zu Übergriffen auf Journalist:innen und Politiker:innen, es gab rassistisch motivierte Brandanschläge, die bis heute unaufgeklärt sind und in Telegram-Gruppen organisierten sich Menschen, um Regierungstürze zu planen.

Doch wie kann diesen Entwicklungen gesamtgesellschaftlich begegnet werden? Andrea Röpke plädiert dafür, dass die Zivilgesellschaft vor Ort klare Kante gegen Rechts zeigen und sich vernetzen müsse. Gesamtgesellschaftlich brauche es einer tiefergehenden inhaltlichen Auseinandersetzungen mit dem Themenfeldern Rassismus, Antisemitismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Jan Krieger ergänzt, dass vorpolitische Räume und insbesondere der caritative Bereich über Alternativangebote zurück gewonnen werden müsse. Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote, die Menschen im Sozialraum in der Auseinandersetzung unterstützen, müssten weiterhin gestärkt und gefördert werden. Andrea Röpke und Jan Krieger waren sich am Ende einig darüber, dass es hierfür einer Entfristung von entsprechenden Projekten und eines Demokratiefördergesetzes bedarf.